

# DAS „BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN“

## WEG IN EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT?

**S**inn und Zweck von (Erwerbs-) Arbeit, „gerechte“ Entlohnung und das Maß an Selbstbestimmung in der Arbeit gehörten schon immer zu wichtigen Fragestellungen linker politischer Debatte. In den letzten Jahren ging es in diesem Zusammenhang oft um ein „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (im Folgenden: BGE) – u.a. auch in dieser Zeitschrift.<sup>1</sup> Die bisherige Debatte wirft eine Reihe von Fragen auf.

Ist das BGE eine Möglichkeit, nach Jahren der Diskussion über die Einschränkung und den Abbau sozialer Sicherungen und Rechte wieder mit einer fortschrittlichen Politik in Sachen Arbeitsmarkt in die politische Offensive zu gehen, oder erweist es sich bei näherer Betrachtung als ein gesellschaftlich sinnloses Projekt? Lässt sich mit dem BGE gar der erste Schritt hin zur Überwindung des Kapitalismus gehen? Die Idee, sein Leben still und glücklich, frei von äußeren Zwängen und nur getrieben von den eigenen Vorlieben und Interessen vor sich hin leben zu können, klingt auf den ersten Blick jedenfalls verlockend.

Diskutiert werden dabei diverse Modelle,<sup>2</sup> vorgetragen von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen unterschiedlicher politischer Herkunft, beispielsweise von Katja Kipping von der Partei „Die Linke“<sup>3</sup> oder dem CDU-Ministerpräsidenten von Thüringen, Dieter Althaus,<sup>4</sup> sowie von Einzelpersonen wie dem „dm“-Eigentümer Götz Werner.<sup>5</sup>

Gemeinsam ist den Modellen erstens die Idee, Geld ohne Bedürftigkeitsprüfung an alle Menschen auszuzahlen. Variationen ergeben sich vor allem in der Höhe der Leistung sowie in der Art der Finanzierung des Projektes. Gemeinsam ist allen Modellen zweitens, dass sie nicht als Utopie für eine ferne Zukunft dargestellt werden, sondern im hier und jetzt eines real-existierenden kapitalistischen Wirtschaftssystems umgesetzt werden sollen. Für viele linke BefürworterInnen verbindet sich mit dem Grundeinkommen zudem die Hoffnung auf ein gewissermaßen sanftes Übergleiten in den Sozialismus, während rechte und neoliberale BefürworterInnen ganz offensichtlich eher eine Stabilisierung der bestehenden Wirtschaftsordnung im Blick haben.

### Das Grundeinkommen als systemüberwindende Kraft?

Die Grundthese vor allem der linken BefürworterInnen eines BGE ist, dass der Menschheit – zumindest in Deutschland – die Arbeit ausgehe. Vollbeschäftigung sei nicht mehr vorstellbar, mit dem BGE biete sich somit eine gute Sicherung der Menschen an, die keine Ar-

beit mehr hätten. Begründet wird diese These in der Regel nicht.<sup>6</sup> Das BGE könne zudem die Marktlogik durchbrechen, indem es auch Arbeit ermögliche, die am Markt selbst gar nicht angeboten werden könne.<sup>7</sup> In dieser Lesart kommt einem BGE also eine über das kapitalistische System hinausweisende Bedeutung zu.

All das deutet stark auf einen Versuch hin, ein „richtiges Leben im falschen“ (Adorno) ermöglichen zu wollen – also eine individuelle Ausstiegsmöglichkeit aus der Logik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu schaffen, ohne diese selbst zu überwinden. Wer das BGE nutzt, hat für sich selbst eine Lösung gefunden. Denjenigen, die auf Arbeit angewiesen sind, hilft dies nicht weiter. Mit André Gorz wies auch einer der intellektuellen Väter der Idee eines BGE darauf hin, dass dieses in erster Linie helfen könne, die Erkenntnis zu verbreiten, dass das Existenzrecht des Individuums nicht von der Leistung warenförmiger Arbeit abhängen dürfe. Ein Zweck an sich sei es aber nicht. Eine Überwindung des kapitalistischen Systems schließe doch auch eine Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise mit ein.<sup>8</sup>

Noch zentraler ist die Erkenntnis, dass alles, was später verteilt werden soll, vorher auch produziert worden sein muss. Noch jedenfalls ist kein gesellschaftlicher Zustand erreicht, in dem sich alle Arbeit von selbst erledigt. Damit bleibt das Erfordernis, gesellschaftlich notwendige Arbeit zu leisten, bestehen. Gesellschaftlich notwendig ist Arbeit dann, wenn sie zur Reproduktion einer Gesellschaft, zur Aufrechterhaltung ihrer Funktionsfähigkeit und ihres Wohlstandslevels getan werden muss – egal ob bezahlt oder unbezahlt. Welchen Umfang die notwendige Arbeit hat, hängt von den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen ab und ist Wandlungen unterworfen.<sup>9</sup> Allerdings ist es schwer vorstellbar, dass die Mehrheit der Menschen sich nur mit der Befriedigung elementarster Bedürfnisse wie ausreichend Nahrung und Kleidung zufrieden geben wollen. Die Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums muss daher stets auf einer erweiter-

<sup>1</sup> Vgl. zuletzt Hellmig, Maike, Wer nicht arbeitet, soll auch was essen!, in: *Forum Recht* (FOR) 2008, 5-8.

<sup>2</sup> Siehe zu den Modellen z. B. Hellmig, a.a.O.

<sup>3</sup> Vgl. [www.die-linke-bag-grundeinkommen.de](http://www.die-linke-bag-grundeinkommen.de). Alle Internetseiten zuletzt besucht am 4. 9. 2008.

<sup>4</sup> Vgl. [www.d-althaus.de](http://www.d-althaus.de).

<sup>5</sup> Vgl. [www.unternimm-die-zukunft.de](http://www.unternimm-die-zukunft.de).

<sup>6</sup> Vgl. dazu Kreuzt, Daniel, Wider den Götzen „bedingungsloses Grundeinkommen“, in: *Berliner Debatte Initial* 18 (2007), 62 ff. (63).

<sup>7</sup> Vgl. Blaschke, Ronald, Bedingungsloses Grundeinkommen – Ausbruchsvorschau aus der Marktlogik, in: *Berliner Debatte Initial* 18 (2007), 53 ff. (58).

<sup>8</sup> Vgl. Gorz, André, Seid realistisch – verlangt das Unmögliche, in: *Widerspruch* 52/2007, 143 ff.

<sup>9</sup> Vgl. Kreuzt, a.a.O., 64.

ten Grundlage erfolgen, um sich wandelnden gesellschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.<sup>10</sup>

### Der Wert der Arbeit

Dass Arbeit damit kein Zweck an sich ist, sondern eine gesellschaftliche Funktion hat, dürfte unstrittig sein. Von daher ist Vorsicht geboten, wenn KritikerInnen des BGE ein sehr simples Hochlied auf die Arbeit singen. Arbeit im Kapitalismus bleibt zunächst eben auch immer entfremdete Arbeit.

Streitig ist aber, zu welchen Zwecken Arbeit notwendig ist, und wer unter Umständen Profit aus der geleisteten Arbeit schlagen kann. Soll Arbeit insgesamt zur Entwicklung einer lebenswerten und solidarischen Gesellschaft beitragen, oder nur den Profitinteressen einzelner EinkäuferInnen von Arbeitskraft dienen? Die Diskussion über Arbeitsbedingungen und „Gute Arbeit“ ist immer noch relevant.

Nur – für viele BefürworterInnen des BGE scheint die Definition dessen, was eigentlich gesellschaftlich notwendige Arbeit ist, eine rein individuelle Angelegenheit zu sein. Jede/r entscheidet für sich, was er oder sie machen wollen. Vorausgesetzt wird meist, dass diejenigen, die nach Auszahlung des BGE keiner Erwerbsarbeit mehr nachgehen wollen, dann ihre Arbeitskraft freiwillig für soziale Projekte hergeben. Warum sie dies tun sollten, wird nicht erklärt. Möglich ist die 24-Stunden-Schicht für ein soziales Projekt ebenso wie beispielsweise die Konzentration auf den Fernseher oder andere gesellschaftlich irrelevante Beschäftigungen.

Deutlich wird, dass sich die meisten BGE-BefürworterInnen eine Befreiung von der Entfremdung durch die bewusste Organisation und Gestaltung gesellschaftlicher Arbeit nicht vorstellen können, und deshalb für eine Emanzipation im Gegensatz zur Arbeit eintreten.<sup>11</sup> Ziel einer linken Debatte müsste eigentlich sein, eine Diskussion über Arbeitsbedingungen und die Verteilung von Arbeit zu führen. Was ist gesellschaftlich notwendige Arbeit, und wie lässt sich diese organisieren? Wie lässt sich selbstbestimmtes Arbeiten solidarisch absichern? Wie lassen sich Berufsbiographien gestalten, wie lässt sich Arbeit mit Freizeit und Familie vereinbaren? Hier fortschrittliche Gestaltungsoptionen für alle Menschen durchzusetzen, geht nur in direkter Konfrontation mit den Interessen der ArbeitgeberInnen, nicht durch individuellen Ausstieg aus dem System.

Dass das BGE die Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten durch die Drohung mit der Verweigerung von Lohnarbeit erweitert, ist nicht zu erwarten. Funktionieren würde dies dann, wenn sich tatsächlich die übergroße Mehrheit der Menschen mit einem solchen Grundeinkommen zufrieden geben würden, und dem Arbeitsmarkt damit überhaupt nicht mehr zur Verfügung stünde. Da Erwerbsarbeit mehr Wohlstand und sozialen Status bringt, ist aber eher zu vermuten, dass der Konkurrenzkampf um bezahlten Arbeit nicht nachlassen würde.<sup>12</sup>

### Für eine Gesellschaft der selbstbestimmten Arbeit

Die tatsächliche Freiheit vom Arbeitszwang bliebe wohl weiterhin eine Option für Minderheiten. Neben diejenigen, die diese Chance bislang durch ihr hohes Vermögen besaßen, könnte am unteren Ende der Einkommensverteilung durchaus eine Gruppe von Menschen treten, die sich je nach Neigung dem Nichtstun oder auch „selbstbestimmten Tätigkeiten“ zuwenden. Dies können gesellschaftlich sinnvolle Projekte sein, müssen es aber nicht. „Zwischen den Polen des großen Reichtums und den freiwillig oder unfreiwillig Erwerbslosen muss weiterhin Lohnarbeit geleistet werden“.<sup>13</sup>

Die grundsätzliche Ungleichheit der Vermögens- und Eigentumsverhältnisse sowie daraus resultierende Verteilung gesellschaftlicher Macht bliebe auch durch die Einführung eines BGE – egal in welcher bislang diskutierten Variante – unangetastet.<sup>14</sup> Im Ergebnis wird eine Einführung wohl tatsächlich eher darauf hinauslaufen, dass alle diejenigen, die im gesellschaftlichen Produktionsprozess unter den Bedingungen kapital- und marktgesteuerter Erwerbsarbeit keinen Platz mehr finden, an die Seite gestellt und auf Kosten der Gesellschaft finanziert werden,<sup>15</sup> ohne am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Vor allem: Realistisch wird wohl kaum ein Grundeinkommensbetrag wesentlich über dem Existenzminimum herauspringen.<sup>16</sup>

Solange nicht alles von Maschinen erledigt wird, bleibt Arbeit gesellschaftlich notwendig. Entscheidend für eine fortschrittliche Gestaltung der Gesellschaft ist denn auch nicht die Abschaffung der Arbeit an sich. Maßgeblich ist, dass die Entscheidung darüber, wer, wie und wofür gearbeitet werden soll, demokratisch von allen Gesellschaftsmitgliedern getroffen wird. Es bleibt daher ein lohnendes Ziel, für eine Welt zu streiten, in der Arbeit eben nicht Ausbeutung bedeutet, sondern einen Beitrag zu einer selbstbestimmten und solidarischen Gestaltung der Gesellschaft insgesamt leistet.

**Thilo Scholle ist Rechtsreferendar am Landgericht Dortmund und Mitglied im Juso-Bundesvorstand.**

Anzeige

**Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung**  
Vierteljahrszeitschrift 19. Jahrgang, Nr.75, September 2008, 224 Seiten

**Linke Parteien in Europa**  
Renner – Italiens Linke am Tiefpunkt / Gauthier – Die französische Linke / Dworzak – Österreich: Ende der großen Koalition / Marioulas – Kommunisten und radikale Linke in Griechenland/ Becker – Tschechien: Die KP Böhmens und Mährens (KSCM) / Heilig – Vereinigte oder vereinte Linke?  
**Europa – Geschichtliche Wendepunkte** Schmidt – 1848/49 als europäische Revolution/ Knorr – Münchener Abkommen von 1938  
**Staat/Ökonomie, Politik** Heuer – Staatsgewalt und Recht/ Nick – Marx im Herzen und Keynes im Kopf? / Roesler – Konsumgüterpreise und Währungsreformen 1948 / Flörheimer – Privates Sicherheitsgewerbe und „Innere Sicherheit“

**Und:** Tjaden-Steinhauer – Geschlechterdenken und Ideologie / Claar – Linksruck in Südafrika? / Schöler – Revolution in Nepal? / Plener – Lenin 1920/1921 / Conert – Sowjetgesellschaft / Dehm – Unzeitgemäß: Ein Partisanenroman  
**Sowie:** Berichte, Buchbesprechungen  
**Z** Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl.Versand) im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:  
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4496

[www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de](http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de) - e-mail: [redaktion@zme-net.de](mailto:redaktion@zme-net.de)

<sup>10</sup> vgl. Busch, Ulrich, Integration durch Arbeit oder sozialstaatlich alimentierte Exklusion, in: *Berliner Debatte Initial* 18 (2007), 4 ff. (9); Kreutz, a.a.O., 64.

<sup>11</sup> Vgl. Bischoff, Joachim, Von der verlorenen Utopie: Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen, in: *Berliner Debatte Initial* 18 (2007), 17 ff. (23).

<sup>12</sup> Vgl. Kreutz, a.a.O., 70.

<sup>13</sup> Kreutz, a.a.O., 65.

<sup>14</sup> Vgl. Krätke, Michael, Leben und Arbeiten, Brot und Spiele, in: *Widerspruch* 52/2007, 149 ff.(155 f.).

<sup>15</sup> Vgl. Busch, a.a.O., 5.

<sup>16</sup> Vgl. Krätke, a.a.O., 149 f.